

VN-INTERVIEW. Finanzminister Gernot Blümel (38), ÖVP

„Ich werde nicht alle Wünsche erfüllen“

Ob es für Heer und Öffi-Ticket mehr Geld gibt, sagt Minister Blümel nicht. Die Standardantwort: Es wird verhandelt.

WIEN Wer Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) Fragen stellt, muss sich mit konkreten Antworten noch gedulden. Auf Zahlen legt sich der neue Ressortchef ebenso wenig fest wie auf Sparmaßnahmen.

Es gibt Begehrlichkeiten ans Budget. Wo werden Sie nichts kürzen?
BLÜMEL Die Budgetverhandlungen mit den Ressorts laufen jetzt an. Bis zur Budgetrede am 18. März muss alles fertig sein. Das ist ein komplexer Prozess.

In der ÖVP-FPÖ-Regierung gab es das Bekenntnis, dass im Sicherheitsbereich nichts eingespart wird. Gibt es jetzt ähnliche Festlegungen?
BLÜMEL Wir haben im Ministerrat erste Schwerpunkte bei der Sicherheit und der Pflege gesetzt. Wir haben darüber hinaus im Regierungsprogramm einen Schwerpunkt Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Das wird sich wiederfinden.

Gibt es Zahlen, wie sich ökologische Maßnahmen im Budget auswirken?
BLÜMEL Nein. Da geht es um konkrete gesetzliche Formulierungen. Die müssen wir erst verhandeln.

Es gibt keine Größenordnungen?
BLÜMEL Insgesamt gibt es Annahmen und Schätzungen.

Dann fragen wir nach den Annahmen und Schätzungen zu den geplanten Ökologisierungsschritten und zur Senkung der niedrigeren Tarife bei der Lohn- und Einkommenssteuer.
BLÜMEL Die Schätzung ist, dass sich beides ausgeht und auch ein ausgeglichener Haushalt möglich ist.

Zahlen?
BLÜMEL Noch nicht.
Es ist eine Ökologisierung der Pendlerpauschale geplant. Wie ist das möglich, ohne dass jemand verliert?
BLÜMEL Genau um solche Fragen beantworten zu können, brauchen wir etwas Zeit. Wir wollen, dass die

„Ich habe noch nie erlebt, dass ein Minister sagte, bei uns braucht es nicht mehr Geld.“

Gernot Blümel
Finanzminister, ÖVP

Menschen entlastet werden, dass sie weniger Steuern zahlen. Deswegen braucht es bei jeder Ökologisierung eine soziale Absicherung.

Die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler meint, dass es für das geplante Österreich-Ticket zusätz-

liches Geld geben muss, also über die vereinbarten zwei Milliarden für den öffentlichen Verkehr hinaus. Stimmen Sie ihr zu?
BLÜMEL Das 1-2-3-Ticket ist eine komplexe Materie, bei der es keine einfachen Finanzierungsströme gibt. Deswegen ist es noch zu früh zu sagen, was es an frischem Geld kostet oder wo es Synergieeffekte gibt.

Der Übergangminister im Verteidigungsressort bezifferte den zusätzlichen Budgetbedarf des Bundesheers mit 16 Milliarden Euro über zehn Jahre. Wird es dieses Geld geben?
BLÜMEL Ich habe noch nie erlebt, dass ein Minister gesagt hat, bei uns braucht es nicht mehr Geld. Dafür habe ich auch Verständnis. Aufgabe des Finanzministers ist es aber, hier nicht allen Wünschen nachzugeben.

Ziel des Heeres ist, den verfassungsmäßigen Auftrag zu erfüllen. Dafür wird es mehr Geld brauchen.
BLÜMEL Jedes Ressort glaubt, dass es mehr Geld braucht. Der verfassungsmäßige Auftrag ist es, das Bundesheer nach den Grundsätzen eines Milizwesens auszugestalten. Da steckt viel Brisanz drinnen. Meine Kollegin Klaudia Tanner wird einen guten Weg finden.

Mit mehr Geld?
BLÜMEL Das wird in den Budgetverhandlungen herauskommen.

Der Finanzausgleich, also die Aufteilung des Steuergelds zwischen Bund und Ländern, soll an die Klimaziele

gekoppelt werden. Wie wollen Sie messen, wie klimafreundlich ein Bundesland ist?
BLÜMEL Das müssen wir in den Verhandlungen gemeinsam erarbeiten.

Auf EU-Ebene wird derzeit der Finanzrahmen verhandelt. Die ÖVP will nicht mehr als ein Prozent des europaweiten Bruttonationalprodukts beisteuern. EU-Kommission und Parlament fordern mehr. Die Grünen lassen sich eine Hintertür offen. Was ist Ihr Ansatz?

BLÜMEL Das eine ist die Verhandlungsposition, das andere, was am Ende des Tages herauskommen wird. Wir halten aus Verantwortung für die österreichischen Steuerzahler am Ein-Prozent-Ziel fest.



Das Interview führten Birgit Entner-Gerhold (VN) und Wolfgang Sablatnig (TT). Die Vollversion finden Sie auf VN.at.

Neue Anklage im Finanzskandal

SALZBURG Im Salzburger Finanzskandal hat die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) erneut Anklage beim Salzburger Landesgericht wegen Untreue eingebracht. Beschuldigt wird die ehemalige Budgetreferatsleiterin der Landesfinanzabteilung Salzburg, Monika Rathgeber, die in der Finanzcausa bereits mehrmals verurteilt worden ist. Die Vorwürfe betreffen diesmal den Abschluss von über 100 Zins- und Währungstauschgeschäften sowie den Abschluss von anderen hochkomplexen Derivaten - entgegen einer ausdrücklichen Verbotsweisung.

FRAGE DES TAGES

Sollte künftig auf Pyrotechnik bei den Funken verzichtet werden?



HEUTIGE FRAGE Soll eine Pflegelehre nach Schweizer Vorbild eingeführt werden?

Abstimmung bis 19 Uhr auf fragedestages.vol.at

Ministerin will Heer modernisieren

WIEN Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) hat am Donnerstag beim „sicherheitspolitischen Jahresauftakt“ in Wien erklärt, das Bundesheer zukunftsfähig, modern und voll einsatzfähig zu machen. Ihre Schwerpunkte: Auf Terrorangriffe mit militärischen Mitteln antworten können, Auslandseinsätze, Cyberdefence, Drohneinsatz und -abwehr, Katastrophenhilfe, ABC-Einheiten, Blackout-Vorbereitung.



Bis 2030 gebe es einen zusätzlichen Bedarf an rund 75.000 Pflegekräften, warnt das Hilfswerk.

Hoffnung auf Pflegelehre nach Schweizer Vorbild

Russ-Preis-Träger Lampert fordert rasche Einführung.

WIEN Das Hilfswerk schlägt Alarm. In der Pflege bleibe der Personal-mangel die größte Herausforderung. Der erwartete Bedarf könne nicht gedeckt werden, warnte Geschäftsführerin Elisabeth Anselm am Donnerstag. Bis 2030 soll es einen zusätzlichen Bedarf an 75.000 Pflegekräften geben. „Spätestens 2024 geht sich das auf keinen Fall mehr aus, wenn wir nichts tun.“ Dass Türkis-Grün einen Schulversuch zur Pflege-Ausbildung starten will, befürwortet Anselm. Um den Mehrbedarf zu decken, müsse aber auch eine Pflegelehre eingeführt werden. Vorbild könnte das Schweizer Modell sein. Tatsächlich ist im türkis-grünen Regierungsprogramm von der Einführung einer Pflegelehre die Rede.

Vorbild Schweiz

Einer, der das ausdrücklich befürwortet, ist Alt-Landtagsvizepräsident Günter Lampert. Gemeinsam mit Egon Blum gilt er schon lange als vehementer Verfechter der Ple-

gelehre nach Schweizer Vorbild. „Der Handlungsdruck ist enorm“, bekräftigt der Russ-Preis-Träger. Um den heutigen und künftigen Bedarf abzudecken, seien alle denkbaren Maßnahmen nötig. Das Modell im Nachbarland sei eine Erfolgsgeschichte. In der Eidgenossenschaft trat 2004 das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft, mit dem zwei neue Lehrberufe eingeführt wurden: Assistent oder Assistentin Gesundheit und Soziales beziehungsweise Fachmann oder -frau Gesundheit. Diese dualen Ausbildungen können direkt nach Abschluss der Schulpflicht, also mit 15 Jahren, aufgenommen werden.

Pilotprojekt bei der Aqua Mühle

In Vorarlberg gibt es seit 2011 ein Pilotprojekt bei der Aqua Mühle. Eine Betriebsdienstleistungslehre ermöglicht es jungen Menschen, nach dem Lehrabschluss in die Pflege einzusteigen. Das Projekt zeige das hohe Interesse an der Ausbildung, betont Lampert. Nun seien Regierung und Gesetzgeber gefordert, die Pflegelehre in Österreich auch tatsächlich in die Realität umzusetzen. „Jeder Tag, der versäumt wird, ist verantwortungslos.“ **VN-RAM**

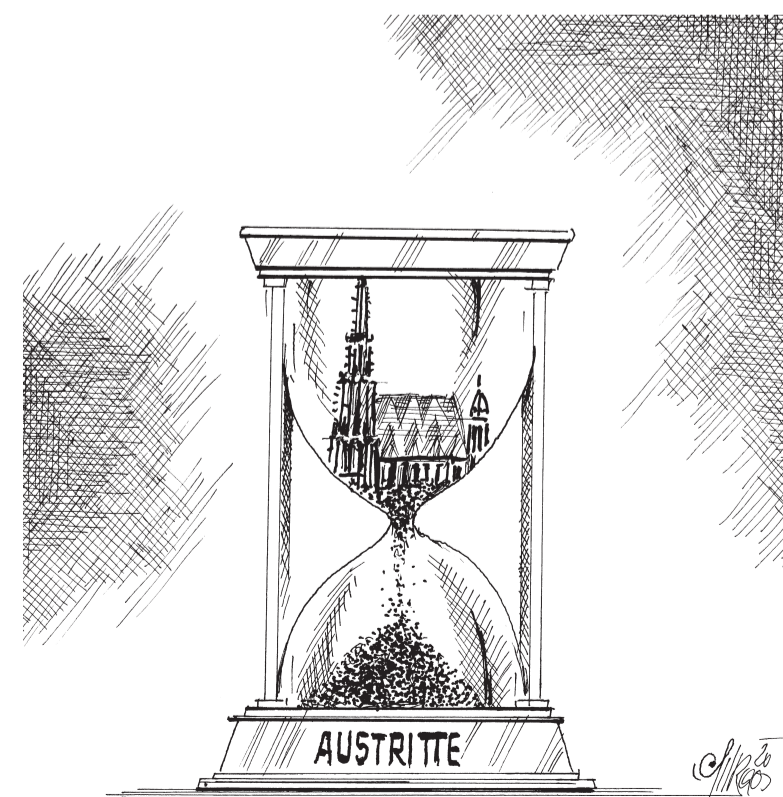
Wilde Wortgefechte zur Hacklerpension

WIEN Nach wilden Wortgefechten wird im Sozialausschuss alles verhandelt. Vorerst bleibt die „Hacklerpension“ also, wie sie ist. Wer 45 echte Beitragsjahre geleistet hat, darf ab 62 abschlagsfrei in Pension. SPÖ, FPÖ und ÖVP haben das vor der Nationalratswahl beschlossen. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kündigte danach an, dass die Regel nicht so bleiben könne. Minister Rudolf Anschober (Grüne) erklärte am Donnerstag im Sozialausschuss, Stellungnahmen einholen zu wollen. ÖVP und Grüne vertagten die vorliegenden Anträge. SPÖ und FPÖ fordern, dass auch Beamten die „Hacklerpension“ zusteht. Außerdem müsse die

Leistung für alle mit 540 Beitragsmonaten, die zwischen 2014 und 2020 trotz Abschlägen die Pension antraten, neu berechnet werden. Der Vorarlberger Nationalratsmandatar Gerald Loacker (Neos) widerspricht. Er fordert, die Beschlüsse zur „Hacklerpension“ zurückzunehmen. Sie würden die Finanzierbarkeit des Pensionssystems gefährden und dem Ziel zuwiderlaufen, das tatsächliche Pensionsantrittsalter ans gesetzliche heranzuführen. „Es gibt keinen Experten, der die abschlagsfreie Frühpension für klug gehalten hätte.“ Der Streit werde jetzt nur verlängert. Je länger er daure, desto teurer werde er für das Pensionssystem. **VN-EBI**

KARIKATUR

Die Zeituhr!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT